

Stellungnahme zum Schulgesetz des Beirats Borgfeld

Der Beirat Borgfeld begrüßt die im Schulgesetz vorgesehene Vereinfachung des Bremer Schulsystems, die Einrichtung eines Zwei-Säulenmodells (durchgängiges Gymnasium und Oberschule) und die Einigung von SPD, CDU, Grünen und FDP auf den „Bremer Konsens zur Schulentwicklung“. Der Beirat Borgfeld erwartet, dass damit die dringend benötigte Ruhe im Bremer Schulwesen eintritt.

Beim Übergang der Schüler von der Grundschule in die weiterführende Schule fordert der Beirat Borgfeld grundsätzlich die freie Schulwahl. Er unterstützt aber auch die Bemühungen der Schulbehörde mit Hilfe einer differenzierter Beratung die jeweils geeignete Schule auszuwählen und über eine Orientierung an den Leistungen in den sogenannten Kernfächern einen geordneten Ablauf sicherzustellen.

Keinesfalls einverstanden ist der Beirat Borgfeld mit der Begrenzung von leistungsstärkeren Schüler auf 30% in Oberschulen. Die Begrenzung widerspricht dem Gedanken einer nachhaltigen Leistungsorientierung und ist auch nicht geeignet, den Bedarf in unserer Region abzudecken. Insbesondere, weil die bereits erstellten „Schulempfehlungen“ fast ausschließlich gymnasiale sind und wir bei der Reform des Schulgesetzes davon ausgegangen sind, dass die weiten Wege unserer Kinder durch die Stadt in Zukunft nicht mehr erforderlich werden, weil die Oberschule in der Nähe auch zum Abitur führt.

Der Beirat Borgfeld hat Verständnis für den Wunsch der Eltern und Schüler, die das Schulzentrum Rockwinkel in ein durchgängiges Gymnasium umwandeln möchten. Wenn dem nicht entsprochen werden kann - ein weiteres Gymnasium darf nicht dauerhaft ausgeschlossen werden - sollte jedoch sichergestellt werden, dass die sich im Schulsystem befindlichen Schüler keine Nachteile haben und an der zukünftigen Oberschule Rockwinkel auch das Abitur nach der 12. Klasse möglich ist.

Darüber hinaus setzt der Beirat Borgfeld große Hoffnungen auf die Umsetzung der von dem Fachausschuss Schulentwicklung beschlossenen Merkmale einer „guten Schule“ und erwartet von der Bildungsbehörde, dass über eine politische Schwerpunktbildung die personellen und materiellen Voraussetzungen zur Zielerreichung in den zukünftigen Oberschulen unseres Schulbezirks getroffen werden.

Im Zusammenhang mit der Organisation des Grundschulwesens und der Zuordnung von Kindern zu bestimmten Schulen fordert der Beirat Borgfeld nach wie vor, dass bei der Festlegung der Einzugsbereiche die jeweils politischen und gesellschaftlich gelebten Grenzen eines Ortsteils maßgeblich sein sollen. Es kann überhaupt nicht akzeptiert werden, dass die Schuleinzugsgrenzen von der Schulbehörde - wie im Dezember 2006 geschehen - willkürlich geändert werden, um Kapazitätsprobleme an anderen Standorten zu lösen. Dass dann der Sachverhalt als reines Verwaltungshandeln, das von jeder Beiratsbeteiligung frei sei, eingestuft wird, widerspricht in krasser Form dem Grundgedanken von mehr Bürger- und Beiratsbeteiligung.

Der Antrag wurde einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.